



www.forum-rauchfrei.de
post@forum-rauchfrei.de

Sprecher(in) und Anschrift

Johannes Spatz, ☎ (030) 7475-5922, Fax: -5925
c/o BA Friedrichshain-Kreuzberg, Plan- u. Leitstelle Gesundheit
Müllenhoffstr. 17
10967 Berlin

Giselly Leinenbach, ☎ (030) 897 49007
Dr. Jörn Reimann, ☎ (030) 72 119 08
Wolfgang Nitze, ☎ (030) 747 55974

Presseerklärung

Berlin, 11.05.07

Nichtraucherschutzgesetz: Vernichtendes Sachverständigenurteil

Der Gesundheitsausschuss des Bundestags hatte am Mittwoch ca. fünfzig Verbände und Institutionen, darunter auch das Forum Rauchfrei, sowie einige Einzelsachverständige zur Anhörung über den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens eingeladen. Dieses Gesetz, welches zwei Wochen zuvor in erster Lesung im Bundestag von Horst Seehofer als Quantensprung für den Gesundheitsschutz bezeichnet wurde und Ulla Schmidt Deutschland damit auf dem Weg zu einem Land mit konsequentem Nichtraucherschutz sah, wird durch die Ausführungen in der Anhörung nahezu einstimmig als unbrauchbar eingestuft.

Die Kritik fokussiert sich auf die vorgeschlagenen Regelungen um Rauchverbote an Arbeitsstätten. Danach werden in § 5 Absatz 1 der Arbeitsstättenverordnung nunmehr Rauchverbote zwar angesprochen, sie bleiben aber weiterhin unverbindlich. Absatz 2 wird nicht verändert, und damit das Rauchen an Arbeitsplätzen mit Publikumsverkehr unter bestimmten Bedingungen weiterhin gestattet. Darunter würden insbesondere Beschäftigte in der Gastronomie leiden, da viele der zu erwartenden Landesnichtraucherschutzgesetze separate Raucherräume vorsehen. Auf diese Problematiken hat auch Jörn Reimann hingewiesen, der als Sprecher des Forum Rauchfrei an der Anhörung teilnahm.

Zur Bewertung in der Anhörung stand ferner ein Antrag von Bündnis90/Die Grünen, der die Vorgabe eines unbedingten Rauchverbots über das Arbeitsschutzgesetz vorsieht. Diese Lösung wurde u. a. von dem Frankfurter Rechtsprofessor Siekmann und dem Vertreter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände favorisiert. Jörn Reimann hat den Antrag der Grünen ebenfalls unterstützt. So wie der Brandschutz darf auch der Schutz vor dem Schadstoff Tabakrauch nicht Gegenstand von Mitbestimmungsstreitigkeiten in Betrieben sein. Schließlich lassen sich aus der

Vergangenheit eine Vielzahl von Beispielen benennen, in denen Betriebs- bzw. Personalräte Nichtraucherschutzmaßnahmen be- und auch verhindert haben. Sofern das Rauchverbot auf der Gesetzes- und nicht auf der Verordnungsebene angesiedelt wird, ist dies ausgeschlossen.

Wenn die Anhörung zum Bundes Nichtraucherschutzgesetz nicht zu einer Alibiveranstaltung degenerieren soll, muss den Ausführungen der Sachverständigen Rechnung getragen und dieses Gesetz grundsätzlich überarbeitet werden.

Weitere Informationen bei: Dr. Jörn Reimann, Tel.: (030) 72 119 08, E-Mail: post@forum-rauchfrei.de